



**Stiftung gegen
Rassismus und
Antisemitismus**

Fondation contre le racisme et l'antisémitisme
Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo
Foundation against racism and antisemitism



GMS

GESELLSCHAFT MINDERHEITEN IN DER SCHWEIZ
SOCIETE POUR LES MINORITES EN SUISSE
SOCIETA PER LE MINORANZE IN SVIZZERA
SOCIETAD MINORITADS EN SVIZRA

Vom Umgang mit der Rassismus-Strafnorm Art. 261^{bis} Strafgesetzbuch

Seite 3

De l'application de la norme pénale contre la discrimination raciale art 261^{bis} du Code pénal

Page 14

L'applicazione della norma penale contro il razzismo art 261^{bis} codice penale

Pagina 25

Literaturhinweise

Rassendiskriminierung – Ein Kommentar zu Art. 261^{bis} StGB und Art. 171c MStG
Marcel Alexander Niggli

Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich 1996
Eine vollständig überarbeitete Auflage erscheint 2007

Rassendiskriminierung – Gerichtspraxis zu Art. 261^{bis} StGB
Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich 1999

Rassismus in der Schweiz (D/F)

Chronologie und Einschätzungen der rassistischen Vorfälle in der Schweiz
Erscheint jährlich als Buch und permanent im Internet auf www.gra.ch

Racisme en Suisse (D/F)

Chronologie et commentaires des incidents à caractère raciste en Suisse,
est publiée annuellement en version imprimée et en permanence sur le site internet
www.gra.ch

Inhalt

	Seite
1. Unsere Legitimation	4
2. Die Rassismus-Strafnorm als Instrument	5
3. Wortlaut der Rassismus-Strafnorm Art. 261^{bis} StGB	6
4. Schutz von Minderheiten und Fremden	7
5. Anwendungsbereich	8
6. Privatsphäre und Öffentlichkeit	9
7. Notwendigkeit	10
8. Rassismus und Völkermord	11
9. Rassismus und internationale Gemeinschaft der Völker	12
10. Unsere Kompetenz	13

Legitimation: Gegen Rassismus und Antisemitismus – für das Lebensrecht der Fremden und Minderheiten

Die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA und die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz GMS haben seit ihrer Gründung vor 25 Jahren eine doppelte Aufgabe. Sie setzen sich ein:

- gegen die Diffamierung anderer Menschen
- gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit
- gegen jeglichen Rassismus

Darum geben sie seit 1992 jedes Jahr die Schrift «Rassismus in der Schweiz. Chronologie und Einschätzung der rassistischen Vorfälle in der Schweiz» heraus.

Darum engagierten sie sich 1994 im Abstimmungskampf für die Einführung der sogenannten Rassismus-Strafnorm («Antirassismusgesetz») Art. 261^{bis} im Strafgesetzbuch.

GRA und GMS setzen sich ein

- für das Lebensrecht aller Menschen
- für den Schutz der Minderheiten anderer Sprache, anderer Kultur, anderer Religion, anderer Ethnie
- für die berechtigten Anliegen der Menschen fremder Herkunft auf dem Weg ihrer Integration

Darum stehen sie auch heute zur Rassismus-Strafnorm, gegen die 2006 ein Kampf vom Zaun gebrochen wurde durch die öffentliche Stellungnahme unseres Justizministers Christoph Blocher in der Türkei gegen dieses in der Schweiz gültige Gesetz und durch die Forderung nach Abschaffung dieser Strafnorm als Wahlkampfthema der SVP.

Fazit: Für GRA und GMS stehen aufgrund ihrer mehr als zehnjährigen Erfahrung Bedeutung und positive Wirkung der Rassismus-Strafnorm ausser Frage.

Die Rassismusstrafnorm hat sich als geeignetes und wirksames Instrument erwiesen

Sie ermöglichte in jedem einzelnen Fall die Abklärung von Taten, die aus rassistischen Motiven in der Öffentlichkeit begangen wurden.

Für die Jahre 1995 – 2003 liegen die genauen Zahlen vor:

- 241 Anzeigen wurden zwischen 1995 und 2006 bei den zuständigen Behörden eingereicht (100%).
- 118 Fälle (49 %) wurden ohne Eröffnung des gerichtlichen Verfahrens erledigt – durch Einstellungsverfügung, durch Nicheintreten etc.
- In 123 Fällen kam es zu einem rechtskräftigen Urteil (51 %).
- Davon gab es 23 Freisprüche (18,7%) und 100 Schultersprüche (81,3%).

Diese Zahlen zeigen, wie sorgfältig der einzelne Fall behandelt und wie differenziert durch die Gerichte geurteilt wurde.

Die Statistik zeigt, welchen Minderheitengruppen die Opfer von rassistisch motivierten Taten in der Öffentlichkeit angehörten.

Dies sind beispielsweise:

- 26,6 % Juden und Jüdinnen
- 13,6 % Schwarze/Dunkelhäutige
- 20,4 % Ausländer und Ausländerinnen verschiedener Ethnien
- 2,0 % Fahrende (Zigeuner)
- 3,1 % Muslime und Musliminnen

Die Tatmittel zeigen ebenso ein vielfältiges Bild:

- in 24,9 % öffentliche Rede
- in 30,5 % Übergriffe in schriftlicher Form
- in 7,45 % (elektronische) Kommunikation
- in 10,2 % Verbreitung von rassistischem Material
- in 2,4 % Täglichkeiten

**Detaillierte Angaben auf www.edi.admin.ch/ekr/db/00586;
Dokumentation der Gerichtspraxis in: «Rassendiskriminierung.
Gerichtspraxis zu Art. 261^{bis} StGB», GMS und GRA (Hrsg.).
Schulthess, Polygraphischer Verlag. Zürich. 1999.**

Die Rassismus-Strafnorm Art. 261^{bis} ist besonnen und klar formuliert

Ihr Wortlaut zur Erinnerung:

1. Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft,
2. wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumldung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,
3. wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,
4. wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätigkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröslich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht,
5. wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,
6. wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Fazit: Eine Strafnorm ist eine Norm, nicht eine detailliert-kasus-tische Gebrauchsanweisung für jeden konkreten Einzelfall. Es ist Aufgabe der Gerichte, im konkreten Einzelfall abzuklären und zu entscheiden, ob eine Handlung strafbar ist.

- So hält das Strafgesetz z.B. vorsätzliche Tötung, Ehrverletzung, üble Nachrede als Strafnorm fest. Das Gericht prüft, klärt und entscheidet im Einzelfall, ob und inwiefern der Straftatbestand erfüllt ist.

Die Rassismus-Strafnorm zieht eine klare Grenze zum Schutz von Minderheiten und Fremden

Fremde und Minderheiten brauchen in jeder Gesellschaft, in jedem Staat besonderen Rechtsschutz. Denn

- Fremde zählen nicht zur eigenen Gruppe. Man grenzt sich ab. Das bedeutet: Die Fremden werden ausgegrenzt. Das ist ein Vorgang, der sich überall ereignet.
- Fremde, vor allem anderer Hautfarbe, anderer Sprache anderer Religion fallen auf. Sie ziehen Aversionen auf sich, werden diffamiert und zu Sündenböcken gemacht.
- Minderheiten, ältere wie neu zugewanderte, bewegen sich unsicher in unserer Gesellschaft. Sie kennen viele formelle Abläufe noch nicht, haben manche Verhaltensregeln noch nicht verinnerlicht.
- besonders in wirtschaftlich oder politisch angespannten Verhältnissen wird die Situation der Fremden und Minderheiten prekär.

Die Rassismus-Strafnorm ist ein unverzichtbares Instrument um die Menschenwürde der Angehörigen anderer Rasse, anderer Ethnie, anderer Religion zu schützen. Sie dient einem Ziel, das eigentlich selbstverständlich sein sollte, aber – wie die Erfahrung zeigt – in keiner Gesellschaft, in keinem Land selbstverständlich ist.

- Sie markiert den Schutzraum der Fremden und Minderheiten. Dadurch wirkt sie präventiv.
- Sie stellt Übergriffe auf die körperliche, seelische und soziale Integrität von Fremden und Angehörigen von Minderheiten unter Strafe.
- Sie dient dem friedlichen Zusammenleben der Menschen in unserem Land.

Fazit: Die Rassismus-Strafnorm ist eine Menschenwürde-Schutznorm. Sie steckt einen Raum ab, in dem Menschen anderer Rasse, anderer Ethnie, anderer Religion, anderer Sprache unter uns sicher und geschützt leben können.

Die Rassismus-Strafnorm stellt Handlungen unter Strafe – nicht Gesinnungen

Der Wortlaut der Rassismus-Strafnorm zeigt dies deutlich. Unter Strafe gestellt sind Handlungen, die in der Öffentlichkeit geschehen. Dies sind beispielsweise:

- das Aufrufen zu Hass und Diskriminierung
- die systematische Verleumdung und Herabsetzung
- das Organisieren von Propagandaaktionen
- das Verstossen gegen die Menschenwürde und das Herabsetzen oder diskriminieren eines Menschen durch irgend eine Verhaltensweise – sei es Wort, Schrift, Bild, Gebärden oder Täglichkeit
- das Leugnen, gräßliche Verharmlosen, Rechtfertigen von Völkermord oder von anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Gesinnungen und Gedanken sind demgegenüber frei. Sie sind nicht strafbar.

- Gesinnungen können das Herz vergiften.
- Gesinnungen können zu Grenzüberschreitungen führen.
- Gesinnungen können schlagende Worte und Taten vorbereiten.

Aber es bleibt dabei: Gesinnungen sind eine persönliche Sache. Sie unterstehen nicht dem Strafgesetzbuch.

Und Worte? – Worte sind Handlungen.

- Worte können aufputschen, eine Stimmung anheizen.
- Worte können die Ehre verletzen.
- Worte in der Öffentlichkeit können die Menschenwürde von Fremden und Minderheiten verletzen.
- Solche Worte zerstören den Frieden des Zusammenlebens.

Fazit: Wenn durch Reden in der Öffentlichkeit Menschen wegen ihrer Rasse, ihrer Ethnie oder ihrer Religion diffamiert und verletzt werden, unterliegt dies der Rassismus-Strafnorm.

6

Meinungsäusserungsfreiheit im Privaten ist gewährleistet – nicht aber Hetze in der Öffentlichkeit

Die freie Meinungsäusserung ist unbestritten. Die Rassismus-Strafnorm stellt lediglich die öffentliche Diskriminierung unter Strafandrohung.

Sie beschränkt sich auf zwei Punkte:

Sie gilt 1. ausschliesslich für Handlungen, die öffentlich geschehen und 2. andere Menschen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion herabsetzen und diskriminieren.

Im privaten Kreis ist eine diffamierende Meinungsäusserung nicht mit Strafe bedroht. So etwa:

- im Kreise der Familie
- im kleinen, vertrauten Freundeskreis an welchem Ort auch immer

Zu andern Themen darf man trotz Rassismus-Strafnorm eine diffamierende Meinung öffentlich kundtun, so laut man will. Z. B.:

- gegen Regierung, Steueramt oder «Classe politique» etc.
- gegen AutofahrerInnen, VelofahrerInnen, SnowboarderInnen etc.

Was «öffentlich» heisst, wurde 2005 durch das Bundesgericht geklärt. Öffentlich sind Diffamierungen, wenn sie an einer Veranstaltung geschehen, die den kleinen vertrauten Freundeskreis übersteigt. Z. B.:

- an einem Konzert oder sonstigen Treffen von Neonazis, selbst wenn es in einer Waldhütte oder in einem Wirtshaussaal stattfindet
- in der Rekrutenschule oder in einem Sportlager

Fazit: Es geht nicht um eine Bevormundung von Bürgern, sondern um den Schutz von Menschenwürde und Lebensrecht der Angehörigen von rassischen, ethnischen oder religiösen Minderheiten.

Was soll die Rassismus-Strafnorm, wenn es in der Schweiz keine Rassisten gibt?

Mir ist noch nie ein Mensch begegnet, der gesagt hätte: «Ich bin ein Rassist, ein Antisemit, ein Hasser der Muslime». Ist da eine Rassismus-Strafnorm nicht überflüssig?

- Kaum jemand empfindet oder bezeichnet sich als Anhänger einer rassistischen oder antisemitischen Ideologie.
- Kaum jemand bestreitet den Immigranten aus dem Kosovo grundsätzlich die Daseinsberechtigung.
- Kaum jemand hat grundsätzlich etwas gegen eine andere Religion.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ablehnung von Menschen anderer Religion zeigen sich nicht als generelle, ausgestaltete Ideologie.

Aber in Inseraten, an Plakatsäulen zeigen sich Bilder, Worte, Taten, in denen sich ein alltägliches, fremdenfeindliches, diffamierendes, ausgrenzendes, rassistisches Verhalten ausdrückt. Z.B.:

- Minarett sollte gegen die Rechtsordnung verboten werden.
- Roma sollten am besten ausgeschafft werden.
- Für Fahrende sollte es keine zusätzlichen Standplätze geben, Fahrende sollen sesshaft werden.

Im Zusammenleben von Menschen verschiedener Rasse, Ethnie, Religion ergeben sich Probleme, Friktionen, Antipathien – überall auf der ganzen Welt. Dies zu schüren ist Gift. Gegenkräfte müssen mobilisiert werden: Begegnungen, Kennenlernen, gemeinsame Anstrengungen zum Realisieren von konstruktiven Lösungen. Die Rassismus-Strafnorm allein löst diese Aufgabe nicht. Aber sie hilft:

- Das Diskriminieren, das Verleumden, das Herabsetzen der Menschenwürde von Minderheiten wird mit Strafe bedroht
- Damit wird Raum geschaffen für Respekt, Achtsamkeit und Zusammenwirken. Schritte zu Anerkennung und Integration werden dadurch möglich.

Fazit: Die Rassismus-Strafnorm ist notwendig. Sie bietet Schutz und schafft Raum für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Die Rassismus-Strafnorm stellt das Leugnen von Völkermord unter Strafe

Völkermord, die Ausrottung einer Ethnie, ist das unfassbar grauenvolle Verbrechen des auf die Spitze getriebenen Rassismus.

- Der Völkermord an den Juden im Holocaust ist den älteren Menschen unauslöschlich im Gedächtnis.
- Gut erforscht, aber gelegentlich bestritten ist der Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915.
- Als Völkermord gelten für viele die Massaker von 1994 an den Tutsi in Ruanda und heute an den Südstämmen in Darfur.

Das Urteil «Völkermord» ist das Ergebnis von Wahrnehmung der Wirklichkeit, von historischer Forschung und Ausdruck internationaler Übereinstimmung in der Beurteilung des Geschehens.

- Für die Verantwortlichen der Täterseite und die Bevölkerung ihres Landes ist es schwer, das Verdikt «Völkermord» zu akzeptieren.
- Parteigänger der Täter und Sympathisanten ihrer Ideologie versuchen, die Gräueltaten zu leugnen, sie zu verharmlosen, sie zu rechtfertigen oder zu bestreiten.
- Falsche Rücksichten führen zum Begehr, diesen Passus der Rassismus-Strafnorm zu streichen.

Der Völkermord-Passus darf nicht gestrichen werden: Der Wortlaut ist präzis. Die überlebenden Opfer brauchen den Rechtschutz.

- Der Wortlaut richtet sich gegen Völkermord und gegen «andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Sie dürfen nicht geleugnet, gröblich verharmlost oder gerechtfertigt werden.
- Die überlebenden Opfer eines Völkermords oder anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind davor zu schützen, dass sie als Wahrheitsverdreher hingestellt und selber ins Unrecht gesetzt werden.

Fazit: Den Opfern gegenüber ist alles Leugnen, Verharmlosen und Rechtfertigen von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein zweites Verbrechen. Nur die Rassismus-Strafnorm kann dies verhindern.

Die Rassismus-Strafnorm verbindet uns mit der internationalen Gemeinschaft der Völker

1960 wurde die UNO-Resolution 1510 verabschiedet. Sie verurteilt alle Erscheinungsformen rassistischer, religiöser oder nationaler Herabsetzung von Individuen und Personengruppen als Verstoss gegen die UNO-Charta sowie als Verletzung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. 1965 hat die UNO-Generalversammlung das «Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung» verabschiedet.

- In der Folge sind die meisten Staaten der Erde diesem Übereinkommen beigetreten.
- Voraussetzung war das Schaffen einer Strafnorm gegen Rassendiskriminierung in der Strafrechtsordnung der betreffenden Staaten.
- Nachdem die StimmbürgerInnen der Schweiz im September 1994 der Rassismusstrafnorm (Art. 261^{bis} Strafgesetzbuch) zugestimmt hatten, war der Weg frei zum Beitritt der Schweiz zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung.

Aus der Sicht internationaler Experten wird die Rassismusstrafnorm als eine mustergültige Regelung bezeichnet. Tessa Hofmann vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe «Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung» hält in ihrem Aufsatz (TA 26.Okt. 2006, S.11) u.a. fest:

- «Kein anderes Land unseres Kontinents bietet einen derart umfassenden Schutz gegen rassistische Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen wie die Schweiz, die hier, wie schon früher in andern Bereichen, vorbildliche Sensibilität in Fragen der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes gezeigt hat.

Insofern erscheint die Frage, ob die Schweiz ein Antirassismusgesetz benötigt, überflüssig. Die Schweiz braucht es, wir alle brauchen es. Eine Aushöhlung oder Streichung würde uns in der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt zurückwerfen, auch über die Grenzen der Schweiz hinaus.»

1. **Die Rassismus-Strafnorm bekämpft Rassismus und Antisemitismus. Sie setzt sich für das Lebensrecht der Fremden und Minderheiten ein.**
2. **Die Rassismus-Strafnorm hat sich als geeignetes und wirk-sames Instrument erwiesen.**
3. **Die Rassismus-Strafnorm ist besonnen und klar formuliert.**
4. **Die Rassismus-Strafnorm zieht eine klare Grenze zum Schutz von Minderheiten und Fremden.**
5. **Die Rassismus-Strafnorm stellt Handlungen unter Strafe – nicht Gesinnungen.**
6. **Die Rassismus-Strafnorm gewährleistet Meinungsäusserungs-freiheit im Privaten – bestraft aber Hetze in der Öffentlich-keit.**
7. **Die Rassismus-Strafnorm bietet Schutz und schafft Raum für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.**
8. **Die Rassismus-Strafnorm stellt das Leugnen von Völkermord unter Strafe.**
9. **Die Rassismus-Strafnorm verbindet uns mit der internationa-len Gemeinschaft der Völker.**
10. **Die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA und die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz GMS bekämp-fen seit 25 Jahren Rassismus und Antisemitismus. Sie setzen sich für Minderheiten in unserem Land ein. Sie engagieren sich weiterhin für die Rassismus-Strafnorm und ihre Wirkung in unserem Land.**

Prof. Dr. Werner Kramer
Präsident GMS

Dr. Ronnie Bernheim
Präsident GRA

Table des matières

	Page
1. Notre légitimation	15
2. La norme pénale contre la discrimination raciale comme instrument	16
3. Contenu de la norme pénale contre la discrimination raciale art. 261^{bis} CP	17
4. Protection des minorités et des étrangers	18
5. Domaine d'application	19
6. Sphère privée et domaine public	20
7. Nécessité	21
8. Racisme et génocide	22
9. Racisme et communauté internationale des peuples	23
10. Notre compétence	24

Légitimation: Contre le racisme et l'antisémitisme – pour le droit à la vie des étrangers et des minorités

La Fondation contre le racisme et l'antisémitisme (GRA) et la Société pour les minorités en Suisse (GMS) ont une double tâche depuis leur création il y a 25 ans. Elles oeuvrent:

- contre la diffamation d'autres êtres humains
- contre toute forme de xénophobie
- contre toute forme de racisme

C'est pourquoi elles publient chaque année depuis 1992 le magazine «Racisme en Suisse. Chronologie et estimation des incidents racistes en Suisse».

C'est pourquoi elles se sont engagées en 1994 dans un combat de votation en faveur de l'introduction de la norme pénale contre la discrimination raciale («Loi antiracisme») art. 261^{bis} du Code pénal.

GRA et GMS oeuvrent

- en faveur du droit à la vie de tous les êtres humains
- en faveur de la protection des minorités ayant une autre langue, une autre culture, une autre religion, une autre appartenance ethnique
- en faveur des demandes autorisées des personnes d'origine étrangère en voie d'être intégrées

C'est pourquoi elles sont aussi aujourd'hui en faveur de la norme pénale contre la discrimination raciale contre laquelle, en 2006, une lutte a éclaté du fait de la prise de position publique de notre Ministre de la Justice Christoph Blocher en Turquie contre cette loi en vigueur en Suisse d'une part et du fait de la revendication pour l'abrogation de la norme pénale comme thème de campagne électorale de l'UDC d'autre part.

Résumé: GRA et GMS considèrent, de par leur expérience longue de plus de dix ans, que la signification et les répercussions positives de la norme pénale contre la discrimination raciale sont incontestables.

La norme pénale contre la discrimination raciale a fait ses preuves comme instrument approprié et efficace

Elle a permis, dans chaque cas particulier, la clarification d'infractions perpétrées en public pour des motifs racistes.

Voici les chiffres précis pour les années 1995 – 2003:

- 241 plaintes ont été déposées entre 1995 et 2006 auprès des autorités compétentes (100%).
- 118 cas (49%) ont été traités sans qu'une procédure judiciaire ne soit ouverte – par ordonnance de non-lieu, par non-entrée en matière etc.
- Dans 123 cas un jugement à la force de chose jugée a été rendu (51%).
- Parmi ces 123 cas, 23 d'entre eux (18,7 %) ont abouti à des acquittements et 100 (81,3 %) à des condamnations.

Ces chiffres montrent avec quel soin chaque cas est traité et la différence avec laquelle les tribunaux rendent leur jugement.

Les statistiques montrent à quels groupes de minorités appartiennent les victimes d'actes perpétrés pour des motifs racistes en public. P.ex.:

- 26,6% sont des Juifs et des Juives
- 13,6% sont noirs/ont la peau typée
- 20,4% des étrangers de différentes ethnies
- 2,0% sont des gens du voyage (Tsiganes)
- 3,1% des personnes de religion musulmane

Les moyens utilisés pour commettre ces infractions sont également divers. P.ex.:

- dans 24,9 % discours public
- dans 30,5 % actes de violence à l'écrit
- dans 7,45 % communication (électronique)
- dans 10,2 % diffusion de matériel à caractère raciste
- dans 2,4 % voies de fait

Données détaillées sur www.edi.admin.ch/ekr/db/00586;
documentation de la jurisprudence dans: «Discrimination raciale. Jurisprudence relative à l'art. 261^{bis} CP», GMS et GRA (éd.).
Schulthess Polygraphischer Verlag. Zurich, 1999.

La norme pénale contre la discrimination raciale art. 261^{bis} est réfléchie et clairement formulée

Rappel du contenu:

1. Celui qui, publiquement, aura incité à la haine ou à la discrimination envers une personne ou un groupe de personnes en raison de leur appartenance raciale, ethnique ou religieuse,
2. celui qui, publiquement, aura propagé une idéologie visant à rabaisser ou à dénigrer de façon systématique les membres d'une race, d'une ethnie ou d'une religion,
3. celui qui, dans le même dessein, aura organisé ou encouragé des actions de propagande ou y aura pris part,
4. celui qui aura publiquement, par la parole, l'écriture, l'image, le geste, par des voies de fait ou de toute autre manière, abaisse ou discriminé d'une façon qui porte atteinte à la dignité humaine une personne ou un groupe de personnes en raison de leur race, de leur appartenance ethnique ou de leur religion ou qui, pour la même raison, niera, minimisera grossièrement ou cherchera à justifier un génocide ou d'autres crimes contre l'humanité,
5. celui qui aura refusé à une personne ou à un groupe de personnes, en raison de leur appartenance raciale, ethnique ou religieuse, une prestation destinée à l'usage public,
6. sera puni d'emprisonnement ou d'amende.

Résumé: Une norme pénale est une norme et pas un mode d'emploi casuistique détaillé destiné à chaque cas particulier concret. Il est du ressort des tribunaux de clarifier au cas par cas et de décider si une action est punissable.

- Ainsi, le Code pénal fixe comme norme pénale p.ex. le meurtre, le délit contre l'honneur, la diffamation. Le tribunal examine, clarifie et décide au cas par cas si et dans quelle mesure le délit pénal est rempli.

4

La norme pénale contre la discrimination raciale est une limite claire visant à protéger les minorités et les étrangers

Les étrangers et les minorités ont besoin d'une protection juridique particulière dans chaque société, dans chaque Etat. En effet,

- les étrangers n'appartiennent pas au propre groupe de la société. On se délimite. C'est-à-dire: Les étrangers sont exclus. C'est un processus qui se produit partout.
- les étrangers, notamment ceux qui ont une couleur de peau différente, une autre langue ou une autre religion, se font remarquer. Ils attirent les aversions, font l'objet de diffamations et deviennent des boucs émissaires.
- les minorités, celles qui ont émigré récemment ou il y a plus longtemps, ne se sentent pas en sécurité dans notre société. De nombreux déroulements formels ne leur sont pas connus, ils n'ont pas encore assimilé certaines règles de comportement.
- c'est surtout dans un contexte économique ou politique tendu que la situation des étrangers et des minorités se précarise.

La norme pénale contre la discrimination raciale est un instrument indispensable pour protéger la dignité humaine de toute autre race, ethnie et religion. Elle sert un objectif qui, en réalité, devrait être tout naturel mais qui, comme l'expérience le montre, n'est naturel dans aucune société ni aucun pays.

- Elle marque l'abri des étrangers et des minorités. De ce fait, elle a des effets préventifs.
- Elle punit les actes violents commis à l'encontre de l'intégrité corporelle, spirituelle et sociale d'étrangers et de personnes appartenant à des minorités.
- Elle sert la vie en communauté paisible des êtres humains dans notre pays.

Résumé: La norme pénale contre la discrimination raciale est une norme de protection de la dignité humaine. Elle définit un espace à l'intérieur duquel les personnes d'une autre race, d'une autre ethnie, d'une autre religion ou d'une autre langue peuvent vivre parmi nous, protégés et en toute sécurité.

5

La norme pénale contre la discrimination raciale punit des actions – elle ne punit pas les opinions

Le contenu de la norme pénale contre la discrimination raciale le montre clairement. Sont punies les actions qui ont lieu en public.

P.ex.:

- l'appel à la haine et à la discrimination
- la calomnie et l'humiliation systématiques
- l'organisation d'actions de propagande
- le non-respect de la dignité humaine et l'humiliation ou la discrimination d'une personne de n'importe quelle manière, que ce soit en parole, à l'écrit, avec des images, des gestes ou des voies de fait
- la dénégation, la minimisation grossière, la justification de génocides ou d'autres crimes contre l'humanité

Les opinions et les pensées sont en revanche libres. Elles ne sont pas punissables.

- Les opinions peuvent empoisonner le coeur.
- Les opinions peuvent conduire à dépasser les limites.
- Les opinions peuvent préparer des paroles et des actes parlants.

Mais cela ne change rien: Les opinions sont une chose personnelle. Elles ne relèvent pas du Code pénal.

Et les paroles? – Les paroles sont des actions.

- Les paroles peuvent exciter, attiser une ambiance.
- Les paroles peuvent couper l'honneur.
- Les paroles prononcées en public peuvent blesser la dignité humaine d'étrangers et de minorités.
- De telles paroles détruisent la paix de la vie en communauté.

Résumé: Si des êtres humains sont diffamés ou blessés à cause de leur race, de leur ethnie ou de leur religion par des paroles prononcées en public, cela relève de la norme pénale contre la diffamation raciale.

6

Liberté d'expression dans le cercle privé est garantie – mais pas les campagnes de dénigrement faites en public

L'expression libre est indéniable. La norme pénale contre la discrimination raciale menace seulement de punir la discrimination publique.

Elle se limite à deux points:

Elle vaut premièrement exclusivement pour les actes qui ont lieu en public et deuxièmement pour les autres personnes qui sont dénigrées et discriminées en raison de leur race, de leur ethnie ou de leur religion.

Dans le cercle privé, une expression diffamante n'est pas menacée de punition. Comme p.ex.:

- dans le cercle de la famille
- dans de petits cercles d'amis proches où que ce soit

En ce qui concerne d'autres thèmes, on peut, malgré la norme pénale contre la discrimination raciale, exprimer une opinion diffamante en public, aussi fort qu'on le veut. P.ex.:

- à l'encontre du gouvernement, de l'office fiscal, ou de la «classe politique» etc.
- à l'encontre d'automobilistes, de cyclistes, de snowboarders etc.

Le tribunal fédéral a défini en 2005 la signification du mot «public». Sont publiques les diffamations si elles ont lieu lors d'une manifestation qui dépasse le cercle amical restreint et confident. P.ex.:

- à l'occasion d'un concert ou de n'importe quel regroupement néo-nazi, même lorsque celui-ci a lieu dans une cabane forestière ou dans l'arrière-salle d'une auberge
- dans l'école des recrues ou dans un centre sportif

Résumé: Il ne s'agit pas de mettre les citoyens sous tutelle mais au contraire de protéger la dignité humaine et le droit à la vie de personnes appartenant à des minorités de race, ethniques ou religieuses.

A quoi bon la norme pénale contre la discrimination raciale s'il n'y a pas de racistes en Suisse?

Je n'ai encore jamais rencontré une personne qui aurait dit: «Je suis raciste, antisémite, je hais les Musulmans.» Une norme pénale contre la discrimination raciale n'est-elle pas dans ce cas superflue?

- Très peu de personnes se déclarent appartenir à une idéologie raciste ou antisémite ou en sont conscientes.
- Très peu de personnes contestent en principe leur raison d'être aux immigrants originaires du Kosovo...
- Très peu de personnes ont en principe quelque chose contre une autre religion.

Le racisme, la xénophobie, le rejet de personnes ayant une autre religion ne s'avèrent pas être des idéologies générales structurées. Mais, dans des petites annonces et sur les piliers d'affichage, on trouve des images, des paroles, des faits au travers desquels s'exprime un comportement quotidien, xénophobe, diffamant, d'exclusion et raciste. P.ex.:

- L'ordre juridique devrait interdire les minarets.
- Il serait préférable de reconduire les Tsiganes à la frontière.
- Il ne faudrait pas qu'il y ait d'emplacements supplémentaires pour les gens du voyage, les gens du voyage devraient devenir sédentaires.

La vie en communauté de personnes de race, d'ethnie ou de religion différentes entraîne des problèmes, des frictions, des antipathies – partout, dans le monde entier. Attiser ces phénomènes est un poison. Des contre-forces doivent être mobilisées: se rencontrer, faire connaissance, faire des efforts communs visant à réaliser des solutions constructives. La norme pénale contre la discrimination raciale ne règle pas ce problème à elle seule. Mais elle aide:

- La discrimination, la calomnie, l'humiliation de la dignité humaine de minorités sont passibles de peines.
- On crée ainsi un espace pour le respect, l'attention et la coopération. Les étapes menant à la reconnaissance et à l'intégration deviennent de ce fait possibles.

Résumé: La norme pénale contre la discrimination raciale est nécessaire. Elle offre une protection et crée un espace pour une vie en communauté paisible dans notre société.

La norme pénale contre la discrimination raciale punit la dénégation de génocide

Le génocide, l'extermination d'une ethnie, est le crime incroyablement cruel du racisme poussé à l'extrême.

- Le génocide des Juifs lors de l'Holocauste est inscrit dans la mémoire des plus âgés de manière indélébile.
- Le génocide des Arméniens en 1915 a fait l'objet de bonnes recherches mais il est parfois discuté.
- Beaucoup considèrent comme génocide le massacre des Tutsi au Rwanda en 1994 et aujourd'hui celui des tribus du Sud au Darfour.

Le jugement «génocide» est le résultat de la défense de la réalité, de la recherche historique et l'expression d'un accord international dans le jugement de ce qui s'est passé.

- Pour les responsables du côté des coupables et la population de leur pays, il est difficile d'accepter le verdict «génocide».
- Les partisans des coupables et les sympathisants de leur idéologie essaient de nier ces actes de cruauté, de les minimiser, de les justifier ou de les contester.
- De fausses considérations conduisent à vouloir supprimer le passage de la norme pénale contre la discrimination raciale.

Le passage sur le génocide ne doit pas être supprimé: le contenu est précis. Les victimes qui ont survécu ont besoin d'une protection juridique

- Le contenu est dirigé contre le génocide et contre «d'autres crimes contre l'humanité». Il est interdit de les nier, de les minimiser grossièrement ou de les justifier.
- Il est nécessaire de protéger les victimes survivantes d'un génocide ou de tout autre crime contre l'humanité afin qu'elles ne soient pas traitées de menteuses et mises elles-mêmes dans leur tort.

Résumé: A l'égard des victimes, nier, minimiser et justifier génocide et crime contre l'humanité équivalent tous à commettre un deuxième crime. Seule la norme pénale contre la discrimination raciale est capable d'empêcher cela.

La norme pénale contre la discrimination raciale nous lie à la Communauté internationale des peuples

En 1960 fut adoptée la résolution 1510 de l'ONU. Cette résolution condamne toutes les formes de dénigrement racial, religieux ou national d'individus et de groupes comme infraction à la Charte de l'ONU ainsi qu'à la Déclaration universelle des droits de l'Homme. En 1965, l'Assemblée générale de l'ONU a adopté la «Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale».

- Par la suite, la plupart des Etats du monde ont adhéré à cette convention.
- La condition préalable à l'adhésion était la création d'une norme pénale contre la discrimination raciale dans l'ordre juridique pénal des Etats concernés.
- Après que les électeurs de Suisse ont approuvé en septembre 1994 la norme pénale contre la discrimination raciale (art. 261^{bis} du Code pénal), la Suisse a pu adhérer à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale.

Du point de vue des experts internationaux, la norme pénale contre la discrimination raciale est qualifiée de réglementation modèle. Tessa Hofmann, membre de l'Institut d'Europe de l'Est à l'Université libre de Berlin et présidente du groupe de travail «Pour la reconnaissance – Contre le génocide, Pour la compréhension internationale», retient, entre autres, dans son essai (TA du 26 oct. 2006, p. 11):

- «Aucun autre pays de notre continent n'offre de protection aussi étendue contre la discrimination raciale dans ses différentes manifestations que la Suisse qui, ici, comme auparavant dans d'autres domaines, fait preuve d'une sensibilité exemplaire dans des questions concernant les droits de l'Homme et la protection des minorités. Sur ce point, la question de savoir si la Suisse a besoin d'une loi antiracisme est superflue. La Suisse en a besoin, nous tous en avons besoin. Un affaiblissement ou une suppression nous ferait reculer dans notre lutte contre le racisme et la xénophobie, et dépasserait largement les frontières de la Suisse.»

- 1. La norme pénale contre la discrimination raciale lutte contre le racisme et l'antisémitisme. Elle œuvre en faveur du droit à la vie des étrangers et des minorités.**
- 2. La norme pénale contre la discrimination raciale a fait ses preuves comme instrument approprié et efficace.**
- 3. La norme pénale contre la discrimination raciale est réfléchie et clairement formulée.**
- 4. La norme pénale contre la discrimination raciale est une limite claire visant à protéger les minorités et les étrangers.**
- 5. La norme pénale contre la discrimination raciale punit les actions, pas les opinions.**
- 6. La norme pénale contre la discrimination raciale garantit la liberté d'expression dans le cercle privé mais punit les campagnes de dénigrement faites en public.**
- 7. La norme pénale contre la discrimination raciale offre une protection et crée un espace pour une vie en communauté paisible dans notre société.**
- 8. La norme pénale contre la discrimination raciale punit la dénégation de génocide.**
- 9. La norme pénale contre la discrimination raciale nous lie à la Communauté internationale des peuples.**
- 10. La Fondation contre le racisme et l'antisémitisme (GRA) et la Société pour les minorités en Suisse (GMS) luttent depuis 25 ans contre le racisme et l'antisémitisme. Elles œuvrent en faveur des minorités dans notre pays. Elles continuent d'œuvrer en faveur de la norme pénale contre la discrimination raciale et de ses effets dans notre pays.**

Prof. Dr. Werner Kramer
Président de GMS

Dr. Ronnie Bernheim
Président de GRA

Indice

	Pagina
1. La nostra legittimazione	26
2. La norma penale contro il razzismo come strumento	27
3. Testo della norma penale contro il razzismo art. 261^{bis} cod. pen.	28
4. Protezione delle minoranze e degli stranieri	29
5. Ambito d'applicazione	30
6. Sfera privata e pubblica	31
7. Necessità	32
8. Razzismo e genocidio	33
9. Razzismo e comunità internazionale dei popoli	34
10. La sfera di nostra competenza	35

Legittimazione: Contro il razzismo e l'antisemitismo – per il diritto alla vita degli stranieri e delle minoranze

Dalla loro costituzione, 25 anni fa, la Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo GRA e la Società delle minoranze in Svizzera GMS, hanno un doppio compito. Si impegnano:

- contro la diffamazione di altre persone
- contro ogni forma di xenofobia
- contro ogni forma di razzismo

Per questo motivo, dal 1992, pubblicano ogni anno la rivista «Rassismus in der Schweiz. Chronologie und Einschätzung der rassistischen Vorfälle in der Schweiz» (Razzismo in Svizzera. Cronologia e stima dei casi di razzismo in Svizzera).

Per questo motivo, nel 1994, in occasione della campagna referendaria, si sono impegnati per l'introduzione della cosiddetta norma penale contro il razzismo («legge contro il razzismo») art. 261^{bis} del codice penale.

GRA e GMS si impegnano per

- il diritto alla vita di tutti gli esseri umani
- la protezione delle minoranze linguistiche, culturali, religiose, etniche
- le richieste giustificate degli stranieri in modo da raggiungere l'integrazione

Per questo motivo, ancora oggi sostengono la norma penale contro il razzismo, contro la quale nel 2006 è scoppiata una lotta a causa dell'affermazione pubblica del nostro ministro della giustizia Christoph Blocher in Turchia contro questa legge in vigore in Svizzera e della richiesta di abrogazione di tale norma penale al centro della campagna elettorale dell'UDC.

Conclusioni: per GRA e GMS, sulla base della propria esperienza più che decennale, l'importanza e l'efficacia della norma penale contro il razzismo sono fuori discussione

La norma penale contro il razzismo si è dimostrata uno strumento adatto ed efficace

In ogni singolo caso, ha permesso il chiarimento di atti commessi pubblicamente per motivazioni razzistiche.

Per gli anni dal 1995 al 2003 sono disponibili le cifre esatte:

- Tra il 1995 e il 2006 sono state presentate alle autorità competenti 241 denunce (100%).
- 118 casi (49%) sono stati risolti senza l'apertura della procedura legale, con pronuncia di interruzione, non entrata in materia ecc.
- In 123 casi è stata emessa una sentenza legalmente valida (51%).
- 23 di questi casi si sono conclusi con un'assoluzione (18,7%) e 100 con un verdetto di colpevolezza (81,3%).

Queste cifre dimostrano la cura con cui sono stati trattati i singoli casi e quanto sono stati vari i verdetti dei tribunali.

La statistica mostra a che gruppi di minoranze appartenevano le vittime di atti pubblici con motivazioni razzistiche. P.es.:

- 26,6% ebrei
- 13,6% neri e mulatti
- 20,4% stranieri di diverse etnie
- 2,0% nomadi (zingari)
- 3,1% musulmani

Anche i mezzi di esecuzione del reato mostrano un quadro differenziato. P.es.:

- nel 24,9% dei casi, discorso pubblico
- nel 30,5% dei casi, violazioni in forma scritta
- nel 7,45% dei casi, comunicazione (elettronica)
- nel 10,2% dei casi, diffusione di materiale razzista
- nel 2,4% dei casi, atti di violenza

Indicazioni dettagliate su www.edi.admin.ch/ekr/db/00586; documentazione della prassi giudiziaria in: «Rassendiskriminierung. Gerichtspraxis zu Art. 261^{bis} StGB» («Discriminazione razziale. Prassi giudiziaria relativa all'art. 261V cod. pen.»), da GMS e GRA (Ed.). Schulthess Polygraphischer Verlag. Zurigo, 1999.

La norma penale contro il razzismo art. 261^{bis} è formulata in maniera chiara e precisa

Ecco il suo testo, come promemoria:

1. Chiunque incita pubblicamente all'odio o alla discriminazione contro una persona o un gruppo di persone per la loro razza, etnia o religione,
2. chiunque propaga pubblicamente un'ideologia intesa a discreditare o calunniare sistematicamente i membri di una razza, etnia o religione,
3. chiunque, nel medesimo intento, organizza o incoraggia azioni di propaganda o vi partecipa,
4. chiunque, pubblicamente, mediante parole, scritti, immagini, gesti, vie di fatto o in modo comunque lesivo della dignità umana, discredits o discrimina una persona o un gruppo di persone per la loro razza, etnia o religione o, per le medesime ragioni, disconosce, minimizza grossolanamente o cerca di giustificare il genocidio o altri crimini contro l'umanità,
5. chiunque rifiuta ad una persona o a un gruppo di persone, per la loro razza, etnia o religione, un servizio da lui offerto e destinato al pubblico,
6. è punito con una pena detentiva o con una pena pecuniaria.

Conclusione: una norma penale è una norma, non un'istruzione per l'uso con una casistica dettagliata per ogni caso concreto. È compito dei tribunali chiarire e decidere nei singoli casi concreti se un atto è passibile di pena.

- La legge penale, p.es., fissa l'omicidio premeditato, l'offesa all'onore, la maledicenza come reati inquadrati nella norma penale. Il tribunale verifica, chiarisce e decide nei singoli casi se sussiste il reato e in che misura.

La norma penale contro il razzismo definisce in maniera chiara la protezione delle minoranze e degli stranieri

In ogni civiltà, in ogni stato, gli stranieri e le minoranze necessitano di una particolare protezione giuridica. Infatti

- gli stranieri non appartengono al proprio gruppo. Ci si isola, ovvero si tende ad emarginare gli stranieri. Questo processo avviene dovunque.
- Gli stranieri, soprattutto quelli che hanno un altro colore della pelle, che parlano una lingua diversa o aderiscono a una religione diversa, non passano inosservati. Attraranno delle avversioni, vengono diffamati e diventano un capro espiatorio.
- Le minoranze, sia quelle di vecchia data sia gli immigrati più recenti, si muovono in maniera insicura nella nostra società. Non conoscono ancora molte procedure formali e non hanno ancora fatto proprie molte regole di comportamento.
- La situazione degli stranieri e delle minoranze diventa precaria soprattutto in condizioni di tensione economica o politica.

La norma penale contro il razzismo è uno strumento irrinunciabile per la protezione della dignità umana degli appartenenti ad altre razze, etnie o religioni. Serve una causa che in realtà dovrebbe essere ovvia, ma che (come dimostra l'esperienza) non lo è in nessuna società, in nessun paese.

- Serve a delimitare l'ambito di protezione degli stranieri e delle minoranze. Ha quindi un effetto preventivo.
- Punisce le violazioni contro l'integrità fisica, morale e sociale degli stranieri e degli appartenenti a delle minoranze.
- Serve alla convivenza pacifica delle persone nel nostro paese.

Conclusione: La norma penale contro il razzismo è una legge di protezione della dignità umana. Definisce uno spazio in cui gli individui di razza, etnia, religione e lingua diversa possono vivere insieme a noi sicuri e protetti.

La norma penale contro il razzismo punisce delle azioni – non delle idee

Il testo della norma penale contro il razzismo lo dimostra chiaramente. Vengono puniti gli atti commessi in pubblico. P.es.:

- il richiamo all'odio e alla discriminazione
- la calunnia e la denigrazione sistematiche
- l'organizzazione di azioni di propaganda razzista
- la violazione della dignità umana e il disconoscimento o la discriminazione di qualsiasi individuo attraverso qualunque comportamento, mediante parole, scritti, immagini, gesti o vie di fatto
- la negazione, la minimizzazione grossolana o la giustificazione del genocidio o di altri crimini contro l'umanità

Invece, le idee e i pensieri restano liberi. Non sono passibili di pena.

- Le ideologie possono avvelenare il cuore.
- Le ideologie possono portare a oltrepassare determinati limiti.
- Le ideologie possono preparare delle parole e degli atti persuasivi.

Ma non sono imputabili: Le idee sono una questione personale. Non sottostanno al codice penale.

E le parole? – Le parole sono azioni.

- Le parole possono aizzare e riscaldare un ambiente.
- Le parole possono discreditare.
- Le parole pronunciate in pubblico possono violare la dignità umana degli stranieri e degli individui appartenenti a una minoranza.
- Questo tipo di parole distrugge la convivenza pacifica.

Conclusione: Se attraverso discorsi tenuti in pubblico degli individui vengono diffamati o feriti a causa della loro razza, etnia o religione, tali atti sottostanno alla norma penale contro il razzismo.

È garantita la libertà di esprimere le proprie opinioni nella sfera privata – ma è vietata la persecuzione in pubblico

La libertà di esprimere le proprie opinioni è un diritto incontestato. La norma penale contro il razzismo presenta una minaccia di sanzione soltanto per la discriminazione pubblica.

Si limita a due punti:

Vale 1) esclusivamente per gli atti commessi in pubblico e che 2) discreditano e discriminano altri individui a causa della loro razza, etnia o religione.

Nella sfera privata, l'espressione di un'opinione diffamante non sottostà ad alcuna minaccia di sanzione. P.es.:

- nella sfera familiare
- nella cerchia intima degli amici più stretti, in qualsiasi posto si trovino

Nonostante la norma penale contro il razzismo, su altri argomenti è possibile rendere nota pubblicamente e ad alta voce un'opinione diffamante. P.es.:

- contro governo, Agenzia delle entrate o classe politica ecc.
- contro automobilisti, ciclisti, snowboarder ecc.

Nel 2005, il tribunale federale ha definito il significato di «pubblico». Sono considerate pubbliche le diffamazioni che superano la cerchia intima degli amici. P.es.:

- in occasione di un concerto o di un altro incontro di neonazisti, anche se si svolge in una capanna nel bosco o in una saletta di una trattoria
- nella scuola reclute o in occasione di un campo scuola sportivo

Conclusione: Non si tratta della tutela di cittadini, bensì della protezione della dignità umana e del diritto alla vita degli individui appartenenti a minoranze razziali, etniche o religiose.

A cosa serve la norma penale contro il razzismo se in Svizzera non ci sono i razzisti?

Non ho mai incontrato un uomo che abbia detto: «sono un razzista, un antisemita, odio i musulmani.» Una norma penale contro il razzismo in questo caso non è inutile?

- Quasi nessuno si sente o si definisce appartenente a un'ideologia razzista o antisemita.
- Quasi nessuno, in linea di principio, contesta l'autorizzazione all'asilo agli immigrati del Kosovo.
- Quasi nessuno, generalmente, ha qualcosa contro le altre religioni.

Il razzismo, la xenofobia, l'esclusione di individui appartenenti ad altre religioni, non si presentano come un'ideologia generale e strutturata. Ma in inserzioni e manifesti ci sono immagini, parole e fatti in cui si esprime quotidianamente un comportamento xenofobo, diffamante, emarginante, razzista. P.es.:

- I minareti devono essere vietati, anche se questo è contrario alla disciplina giuridica.
- Sarebbe meglio cacciare i Rom.
- Non ci dovrebbero più essere altre postazioni per gli zingari, che dovrebbero diventare stanziali.

Nella convivenza di persone di diverse razze, etnie e religioni, si verificano dei problemi, delle tensioni, delle antipatie, dappertutto, in tutto il mondo. Fomentare tali eventi significa avvelenare il mondo. È necessario mobilitare delle forze controtendenza: incontri, opportunità per conoscersi, sforzi comuni per realizzare delle soluzioni costruttive. La norma penale contro il razzismo non è in grado di assolvere a questo compito da sola. Ma aiuta:

- La discriminazione, la calunnia, gli atti che discreditano la dignità umana sono passibili di pena.
- In questo modo, si dà spazio al rispetto, all'attenzione nei confronti degli altri e alla collaborazione; in tale maniera, è possibile intraprendere dei passi verso il riconoscimento e l'integrazione.

Conclusione: La norma penale contro il razzismo è necessaria. Offre protezione e dà la possibilità di realizzare una convivenza pacifica nella nostra società.

La norma penale contro il razzismo punisce la negazione del genocidio

Il genocidio, ovvero lo sterminio di un'intera etnia, rappresenta l'incredibilmente orrendo crimine dovuto al razzismo spinto a limiti estremi.

- I più anziani non dimenticheranno mai il genocidio degli ebrei, l'olocausto.
- Ben studiato, ma a volte contestato, è il genocidio degli Armeni nel 1915.
- Molti considerano genocidio i massacri dei Tutsi del Ruanda nel 1994 e oggi dei sudanesi nel Darfur.

I verdetto di «genocidio» viene pronunciato come risultato della consapevolezza della realtà, delle ricerche storiche e come espressione di un accordo internazionale per quanto riguarda la valutazione dei fatti.

- Per i responsabili colpevoli e per la popolazione del loro paese è difficile accettare il verdetto di «genocidio».
- I seguaci dei responsabili e i simpatizzanti della loro ideologia cercano di negare, minimizzare, giustificare o contestare i loro orribili atti.
- False considerazioni portano alla richiesta di eliminare questa parte della norma penale contro il razzismo.

Il testo relativo al genocidio non deve essere annullato: il testo della norma è preciso. Le vittime sopravvissute necessitano di una protezione giuridica.

- Il testo si riferisce al genocidio e ad «altri crimini contro l'umanità». Questi non possono essere negati, minimizzati grossolanamente o giustificati.
- Le vittime sopravvissute di genocidi o di altri crimini contro l'umanità devono essere protette per evitare che vengano descritte come travasatori della verità e messe dalla parte del torto.

Conclusioni: Il negare, il discreditare e il giustificare il genocidio e i crimini contro l'umanità rappresentano un secondo crimine contro le vittime. Soltanto la norma penale contro il razzismo può permettere di evitarlo.

La norma penale contro il razzismo ci unisce alla Comunità internazionale dei popoli

Nel 1960 è stata approvata la Risoluzione dell'ONU n° 1510, con la quale vengono condannate tutte le forme di diffamazione razziale, religiosa o nazionale di individui e gruppi di persone, considerate una violazione contro i principi della Carta dell'ONU e della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo. Nel 1965, l'Assemblea generale dell'ONU ha approvato la «Convenzione internazionale per l'eliminazione di qualsiasi forma di discriminazione razziale»

- Successivamente, la maggior parte degli stati del mondo ha aderito a tale convenzione.
- Il presupposto per l'adesione era la definizione di una norma penale contro la discriminazione razziale nella disciplina penale del relativo stato.
- Dopo che gli elettori svizzeri nel 1994 hanno approvato la norma penale contro il razzismo (art. 261^{bis} del Codice Penale), è stato dato il via libera per l'adesione della Svizzera alla Convenzione per l'eliminazione di qualsiasi forma di discriminazione razziale.

Dal punto di vista degli esperti internazionali, la norma penale contro il razzismo viene definita come un regolamento esemplare. Tessa Hofmann, dell'Osteuropa-Institut della Libera Università di Berlino e presidente del gruppo di lavoro «Riconoscimento, contro il genocidio e per la comprensione tra i popoli», nel proprio lavoro (TA 26 ott. 2006, p. 11) sostiene, tra gli altri:

- «Nessun altro paese del nostro continente offre una protezione così completa contro la discriminazione razziale nelle sue diverse forme come lo fa la Svizzera, che qui, come precedentemente in altri settori, ha dimostrato una sensibilità esemplare nelle questioni riguardanti i diritti umani e la tutela delle minoranze. Da questo punto di vista, la domanda relativa alla necessità o meno di una legge contro il razzismo in Svizzera, si dimostra inutile. La Svizzera ne ha bisogno, come ne hanno bisogno tutti. Un'eliminazione parziale o totale ci farebbe tornare indietro nella lotta contro il razzismo e la xenofobia, anche al di là delle frontiere svizzere.»

- 1. La norma penale contro il razzismo lotta contro il razzismo e l'antisemitismo. Sostiene il diritto alla vita degli stranieri e delle minoranze.**
- 2. La norma penale contro il razzismo si è dimostrata uno strumento adatto ed efficace.**
- 3. La norma penale contro il razzismo è formulata in maniera chiara e precisa.**
- 4. La norma penale contro il razzismo definisce in maniera chiara la protezione delle minoranze e degli stranieri.**
- 5. La norma penale contro il razzismo punisce delle azioni, non delle idee.**
- 6. La norma penale contro il razzismo permette la libertà di esprimere la propria opinione nella sfera privata, ma punisce la persecuzione in pubblico.**
- 7. La norma penale contro il razzismo offre protezione e dà la possibilità di realizzare una convivenza pacifica nella nostra società.**
- 8. La norma penale contro il razzismo punisce la negazione del genocidio.**
- 9. La norma penale contro il razzismo ci unisce alla Comunità internazionale dei popoli.**
- 10. Da 25 anni, la Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo GRA e la Società delle minoranze in Svizzera GMS lottano contro il razzismo e l'antisemitismo. Si impegnano per la protezione delle minoranze nel nostro paese. Continueranno a sostenere la norma penale contro il razzismo e la sua efficacia nel nostro paese.**

Prof. Dr. Werner Kramer
Presidente GMS

Dr. Ronnie Bernheim
Presidente GRA

Herausgeberin

Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) und
Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA)
Postfach, 8027 Zürich
Internet: www.gra.ch – www.gms-minderheiten.ch

Edition

Association des minorités de Suisse (GMS) et
Fondation contre le racisme et l'antisémitisme (GRA)
case postale, 8027 Zurich
Internet: www.gra.ch – www.gms-minderheiten.ch

Edizione

Società per le minoranze in Svizzera (GMS) e
Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo (GRA)
casella postale, 8027 Zurich
Internet: www.gra.ch – www.gms-minderheiten.ch